A1NEU Mehr Demokratie

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitbestimmen. Dafür brauchen die Bürger*innen
2 Informationen. Demokratie kann ebenso nur dort gedeihen, wo eine faire
3 Streitkultur mit Achtung der Privatsphäre gelebt wird. Wir GRÜNEN stehen dafür,
4 dass öffentliche Informationen öffentlich gemacht werden und private
5 Informationen privat bleiben.

6

7 Wir GRÜNEN fordern deshalb:

8 • mehr Transparenz im Bezirkstag. Alle Bürger*innen soll nachvollziehen
9 können, wer wann wie abgestimmt hat. Protokolle, Beschlüsse, Anträge und
10 Verwaltungsvorlagen sollen mit allen Anlagen öffentlich im
11 Ratsinformationssystem zugänglich gemacht werden. Diese Transparenz sind
12 wir den Bürger*innen schuldig.

13 • dass Beschlüsse des Bezirkstags nachvollziehbar sind. Dazu brauchen wir
14 erweiterte Ergebnisprotokolle mit einer Zusammenfassung der Debatten,
15 statt reiner Beschlussprotokolle, in denen nicht einmal steht, welche
16 Fraktion wie abgestimmt hat.

17 • die Installation eines unabhängigen Ombudssystems in den Bezirkskliniken
18 und der Verwaltung des Bezirks Mittelfranken als unabhängige, ständige und
19 vertrauliche Prüfinstanz von Beschwerden, bevor sie zum Skandal werden.
20 Nur so können der Verwaltungsrat der Bezirkskliniken und der Bezirkstag
21 ihrer Kontrollfunktion gerecht werden.

22 • öffentliche Verwaltungsratsitzungen der Bezirkskliniken und Zugang aller
23 Bezirksrät*innen auf seine Inhalte. Dies gilt auch für alle weiteren mit
24 Bezirksrät*innen besetzte Fachgremien bezirklicher Einrichtungen, wie dem
25 Fachbeirat der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf.

26 • eine Kultur des Zuhörens, der Wertschätzung und der Diskussionen im
27 Bezirkstag und in der Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung.

A2NEU Der Bezirk: nachhaltig, ökologisch, zukunftsfähig

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

- 1 Wir GRÜNEN möchten den Bezirk nachhaltig, ökologisch, sozial und weltoffen
2 gestalten, um Mittelfranken zukunftsfähig zu machen. Dazu müssen wir:
- 3 • öffentliche Aufträge nach nachvollziehbaren, nachhaltigen und fairen
4 Kriterien vergeben.
 - 5 • der Gemeinwohlökonomie mehr Beachtung schenken, indem nachhaltige
6 Entwicklungsziele definiert werden deren Erreichen periodisch zu
7 überprüfen ist.
 - 8 • rechtzeitig für die Zukunft planen und jetzt die erforderlichen
9 Investitionen für Instandhaltung der bezirkseigenen Immobilien für die
10 nächsten zehn Jahre ermitteln. Dazu muss ein Inventar der vorhanden
11 Gebäude und Grundstücke erstellt werden, dass auch als Grundlage für die
12 Vermögensbuchführung erforderlich ist. Außerdem muss der mittelfristige
13 Investitionsplan sinnvoll umgesetzt werden. Ein realistisches Bild
14 darüber, welcher Sanierungsbedarf bei welchem Gebäude besteht, ist die
15 Grundlage für eine politische Prioritätensetzung.
 - 16 • als Bezirk mit gutem Beispiel bei der Ressourcennutzung und dem
17 Flächenverbrauch vorangehen. Dazu gehört bestehende Gebäude intelligent
18 umzunutzen,anstatt sie abzureißen und neu zu bauen.
 - 19 • den Bezirk als attraktiven Arbeitgeber weiterentwickeln. Das heißt
20 insbesondere:
 - 21 ◦ Kreativität und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter fördern und
22 nutzen. Verbesserungsvorschläge von Mitarbeitern und aus der
23 Personalvertretung sollen ernsthaft geprüft werden. Auf
24 Leitungsebene soll ein lösungsorientierter Ansatz etabliert werden.
 - 25 ◦ Sinnvoller Zuschnitt der Arbeitsaufgaben erhöht die Zufriedenheit
26 der Mitarbeiter. Dazu gehört eine gute Projektplanung mit zeitlich
27 absehbaren Zwischenergebnissen.
 - 28 ◦ die Personalausstattung des Bezirks muss vorausschauend geplant
29 werden. Ein positives Arbeitsklima und Flexibilität bei der
30 Stellenbesetzung vermeidet hohe Fluktuation. Elternzeit und
31 Pflegezeiten von Mitarbeitern werden von vornherein mit bedacht und
32 rechtzeitig mit Vertretungen besetzt um eine reibungslose Übergabe
33 zu ermöglichen.
 - 34 ◦ flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle einrichten und
35 aktiv Männer und Frauen dazu ermutigen dies wahrzunehmen.
 - 36 ◦ Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen angemessen
37 berücksichtigen und die anderen Handlungsempfehlungen des
38 Gleichstellungsberichts zeitnah umsetzen.

- 39 ◦ moderne, umweltfreundliche Mobilität unterstützen. Dafür sollen der
40 ÖPNV, die Fahrradnutzung und die E-Mobilität gefördert werden. Dies
41 kann beispielsweise mit Jobtickets, Fahrradhäusern,
42 Duschmöglichkeiten und Ladestationen in den Dienststellen geschehen.
- 43 • eine Umsetzungsstrategie für die Digitalisierung der Bezirksverwaltung
44 erarbeiten. Der Fokus muss dabei auf den gesetzlich geforderten
45 Anpassungen wie der eAkte und digitalen Bürgerservices liegen, erst dann
46 kommen nachrangige Projekte wie der Aufbau eines bayernweiten IT-
47 Dienstleistungszentrum für andere Bezirke. Die Personalvertretung und auch
48 die Mitarbeiter*innen als Fachexpert*innen müssen von Anfang an an den
49 Projekten beteiligt werden.
- 50 • Auf Dächern von Gebäuden des Bezirks Mittelfranken werden, wo möglich,
51 Dachbegrünung und Solaranlagen angelegt.
- 52 • Bei Bauprojekten des Bezirks sollen über die gesetzlichen Bestimmungen
53 hinaus ökologische Standards berücksichtigt werden. Dazu gehören "Cradle-
54 to-Cradle"-Prinzipien (Einsatz von Materialien, die auch nach der
55 Lebensdauer wieder sinnvoll dem Kreislauf zugeführt werden können) sowie
56 energiesparsame Bauweise bis hin zum Passivhausstandard.

A3NEU Sozialpolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

- 1 Wir GRÜNEN wollen Sozialpolitik mit den Betroffenen zusammen machen nach dem
- 2 Motto: "Nicht über uns ohne uns!"
- 3 Menschen mit Behinderung, psychisch Kranke und Pflegebedürftige sollen weniger
- 4 in Zuständigkeitsschubladen gesteckt werden. Stattdessen streben wir
- 5 interdisziplinäre Sozialraumteams an, die sich um quartiersnahe Versorgung sowie
- 6 Infrastruktur und Gesundheitsversorgung kümmern. Dafür ist die Zusammenarbeit
- 7 der unterschiedlichen Aufgabenträgern wie Land, Kommunen, Bezirk, und der
- 8 Kranken- und Pflegekassen notwendig.
- 9 Die Betroffenen sind Expert*innen in eigener Sache. Wir wollen Konzepte mit
- 10 allen Beteiligten erarbeiten und ihre Eigenaktivität unterstützen, statt sie zu
- 11 bevormunden. Wo erforderlich, muss individuelle Förderung bei Wohnen, Freizeit
- 12 und Arbeit geleistet werden, um eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- 13 Uns liegt an einer besseren Unterstützung von Angehörigen und Betroffenen durch
- 14 Beratung, Vernetzung, unbürokratische Soforthilfen und ambulante
- 15 Entlastungsangebote, damit Betroffene möglichst lange in ihrem gewohnten
- 16 familiären oder privaten Umfeld bleiben können. Um dem tatsächlichen Bedarf
- 17 gerecht zu werden, brauchen wir eine regionale Bedarfsplanung für alle
- 18 Hilfearten.

A4NEU Für Menschen mit Behinderungen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 In der UN Behindertenrechtskonvention ist die gleichberechtigte Teilhabe von
2 Menschen mit Behinderungen festgelegt. Jeder Einzelne soll gleiche Chancen
3 haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Inklusion umfasst alle
4 Lebensbereiche, v.a. Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit. In diesem Sinne muss
5 der Bezirk als Vorbild vorangehen und Inklusion in allen seinen
6 Aufgabenbereichen verwirklichen. Dazu gehört auch die Schaffung von inklusiven
7 Ausbildungen und Arbeitsplätzen beim Bezirk und seinen Einrichtungen.

8 Aktuell beschäftigt das Bundesteilhabegesetz die Staatsregierung und die Bezirke
9 und natürlich die Betroffenen. In vielen Punkten bleibt das Gesetz hinter
10 unseren Erwartungen zurück. Inklusion und Selbstbestimmung darf nicht an den
11 Kosten scheitern. Bis 2020 muss das Gesetz in der Praxis umgesetzt sein, das
12 wird die große Aufgabe des nächsten Bezirkstags.

13 Wir fordern in der Bildung

- 14 • eine Inklusion von Anfang an, mit multiprofessionellen Teams in
15 Kindertagesstätten, inklusiven Klassen in allen Schularten, auch in
16 Förderzentren und in Berufsschulen
- 17 • die Kompetenzen der Förderzentren zu nutzen und mehr Lehrkräfte als
18 Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes an Regelschulen einzusetzen.
- 19 • die Schulbegleitung zu einer pädagogischen Assistenz weiterzuentwickeln.
20 Die Verantwortung dafür soll in den Schulen angesiedelt sein.
- 21 • barrierefreie Unterrichtsmaterialien, z.B in Leichter Sprache oder
22 Blindenschrift

23 Wir fordern beim Wohnen

- 24 • das Recht die Wohnform eigenständig zu wählen. Hier darf es keinen
25 Kostenvorbehalt zwischen ambulant betreutem Wohnen oder Wohnen in einer
26 stationären Einrichtung geben.
- 27 • Sozialraumorientierung, d.h. quartiersnahe ambulante Versorgung und
28 Betreuung, inklusive generationenübergreifende Wohnprojekte,
29 Nachbarschaftshilfen, familienentlastende Dienste und barrierefreie
30 inklusive Treffpunkte im Wohnquartier
- 31 • mehr Angebote für ambulant betreutes Wohnen und Entwicklung von neuen
32 inklusiven Wohnformen sowie auch Öffnung der vorhandenen großen
33 stationären Einrichtungen.

34 Einschub Kästchen: Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für selbstbestimmtes
35 Leben. Noch immer arbeiten viele Menschen mit Behinderung in Werkstätten (WfBM)
36 und es ist schwierig für sie, auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt ein
37 sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu erhalten. Die

38 Grundbedingungen für die Teilhabe am Arbeitsleben liegen nur zum Teil in der
39 Hand der Bezirke.

40 Wir fordern für das Arbeitsleben

- 41 • Anreize und Beratung für Arbeitgeber, um Menschen mit Beeinträchtigung zu
42 beschäftigen
- 43 • Schaffung von Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für
44 Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Chancen des
45 mit dem Bundesteilhabegesetz eingeführten „Budget für Arbeit“ sollen dafür
46 genutzt und Inklusionsbetriebe weiter gefördert werden.
- 47 • das Ende prekärer Beschäftigungen. Menschen mit Behinderungen müssen durch
48 Assistenz und psychosoziale Betreuung dauerhaft auf dem 1. Arbeitsmarkt
49 unterstützt werden
- 50 • die Weiterentwicklung der Qualitätsstandards für Werkstätten für Menschen
51 mit Behinderungen, Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten und mehr
52 Angebote für Außenarbeitsplätze und den Übergang auf den 1. Arbeitsmarkt.
- 53 • eine Erhöhung der Entlohnung in den Werkstätten für Menschen mit
54 Behinderungen

A5NEU GRÜNE Psychiatriepolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Darum ist es um so wichtiger,
2 dass Betroffene nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Neben der Prävention
3 brauchen wir vor allem einen weiteren Ausbau der Krisendienste und eine bessere
4 Versorgung ambulanter und stationärer Angebote.

5 Wir fordern

- 6 • den Ausbau von Anlaufstellen und ambulanten Hilfen.. Als nahes und
7 niederschwelliges Angebot sind sie für die Unterstützung von psychisch
8 Kranken und ihren Angehörigen sehr wichtig. Hier brauchen wir eine bessere
9 Finanzierung um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden, auch in der
10 forensischen Prävention
- 11 • ambulante und stationäre Angebote besser miteinander zu verzahnen, damit
12 die Patient*innen lückenlos begleitet und therapeutisch versorgt werden.
- 13 • mehr Personal für die Psychiatrie und Verbesserungen für Patien*innen- und
14 Mitarbeiter*innen durch vorausschauende Personalplanung. Dies dient auch
15 zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen.
- 16 • einen Ausbau der Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im
17 klinischen - aber auch im außerklinischen Bereich. Für die Versorgung von
18 Kindern psychisch kranker Eltern muss ebenfalls ein eigenes Angebot
19 entwickelt werden.
- 20 • Eine gute psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung für
21 Geflüchtete, die unter posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) leiden
22 einschließlich der Finanzierung der Dolmetscher.
- 23 • eine verstärkte Kontrolle der forensischen Kliniken durch
24 Besuchskommissionen
- 25 • die Stärkung der Patient*innenrechte

A6NEU GRÜNE Politik für Suchtkranke

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Der Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und illegalen Drogen können wir nur
2 begegnen, indem wir die Aufklärung stärken, Maßnahmen zur Reduzierung riskanten
3 Konsums unterstützen und medizinische sowie therapeutische Hilfe leisten, statt
4 Suchtkranke zu stigmatisieren.

5 Wir fordern

- 6 • mehr Aufklärung der Bevölkerung über die Problematik von Suchterkrankungen
7 und Prävention durch geeignete Workshops und Beratung an allen Schulen.
- 8 • einen bedarfsgerechten Ausbau der Suchtberatungsstellen und ambulanten
9 Hilfen in Mittelfranken, mit zielgruppenspezifischer Beratung und Hilfen
10 für Suchtkranke, z.B. im Alter, für Migrant*innen und Flüchtlinge,
11 Obdachlose, werdende Mütter, sowie den Angehörigen von Suchtkranken,
12 insbesondere den Kindern suchtkranker Eltern.
- 13 • flächendeckend einen bedarfsgerechten Ausbau der Suchtberatungsstellen und
14 ambulanten Hilfen in Mittelfranken.
- 15 • die Einbeziehung der Suchthilfe in das bestehende Krisendienstsystem.
- 16 • tagesstrukturierende Kontakt- und Begegnungsstätten für Suchtkranke sowie
17 einen Ausbau der Substitutionsangebote und Stärkung der psychosozialen
18 Substitutionsbegleitung.
- 19 • Drogenkonsumräume für Konsument*innen illegaler Drogen. In Mittelfranken
20 sehen wir dies aufgrund der bekannten Problematik für die Stadt Nürnberg
21 dringend geboten.

A7NEU GRÜNE Pflegepolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Einschub Kästchen: Wenn Menschen im Alter pflegebedürftig werden, deckt die
2 Pflegeversicherung einen Teil der anfallenden Kosten ab. Pflegebedürftige, die
3 ihren Eigenanteil nachweislich nicht selbst tragen können, erhalten ergänzend
4 Hilfe zur Pflege. Für diese ist der Bezirk zuständig, seit 2018 gehört dazu auch
5 die Unterstützung der ambulanten Pflege.

6 Mit dem Alter steigt die Hilfsbedürftigkeit. Diejenigen, die auf Pflege und
7 Unterstützung angewiesen sind, sollen gut versorgt und selbstbestimmt möglichst
8 lange im vertrauten Umfeld leben können.

9 Wir fordern

- 10 • die Einrichtung von dezentralen Beratungszentren und lokalen Projekten für
11 seniorenrechtliche Stadtteile mit Pflegekonzepten.
- 12 • mehr Tagesangebote und ambulante Pflege für Menschen mit Demenz, um die
13 Familien zu entlasten.
- 14 • ausreichend gut ausgebildetes Personal und multiprofessionelle Teams, die
15 auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, die psychiatrische
16 Pflege sowie die Anliegen von Menschen mit Migrationshintergrund mit
17 abdecken können.
- 18 • Aufwertung der Pflegeberufe durch bessere Arbeitsbedingungen und
19 Entlohnung

A8NEU Kinder und Jugendliche

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

- 1 Wir setzen uns für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein und unterstützen
- 2 hierfür den Bezirksjugendring mit den notwendigen Mitteln.
- 3 Wir fordern
- 4 • eine weitere Stärkung der Jugendkultur, insbesondere durch die
- 5 Medienfachberatung, die internationale Jugendarbeit und die Fachstelle für
- 6 politische Bildung. Dazu gehören Schulungen für SMVen, das Programm Schule
- 7 ohne Rassismus.
- 8 • dezentrale Veranstaltungen fördern, von denen insbesondere die kleineren
- 9 Verbände, Initiativen, Vereine und Kreisjugendringe profitieren werden.
- 10 • Unterstützung und Beratung bei der Schaffung von mehr inklusiven Angeboten
- 11 für Kinder und Jugendliche

A9NEU Ökologische Landwirtschaft

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Ökologischer Landbau ist die Zukunft. Viele Verbraucher*innen leben sehr
2 ernährungsbewußt und der Schutz von Natur und Umwelt sollte allen am Herzen
3 liegen. Dem dürfen sich die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf nicht
4 verschließen. Als Vorbild und Multiplikator können sie einen wichtigen Beitrag
5 für die künftige Entwicklung der Landwirtschaft tragen.

6 Wir fordern:

- 7 • die ökologische Landwirtschaft zu fördern und weiterzuentwickeln.
- 8 • die regionale bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Vermarktung zu
9 stärken.
- 10 • für sauberes Wasser zu sorgen, beispielsweise durch ökologisch
11 verträgliches Düngemanagement.
- 12 • artgerechte Tierhaltung unter Berücksichtigung des Tierwohls bei allen
13 Nutztierarten ohne Verstümmelung von Tieren. Die Einführung von
14 Zweinutzungsrassen bei Hühnern und Rindern verhindert die Tötung
15 ungewollter Küken und Kälber. Auch die Enthornung von Kälbern soll beendet
16 werden.
- 17 • bei Aus- und Fortbildung die Kreislaufwirtschaft in den Vordergrund
18 stellen und auf den Verzicht von leichtlöslichen mineralischen Dünger und
19 Agrargiften hinzuwirken.
- 20 • mehr Biodiversität, z.B. durch Ackerrandstreifen und Bienenweiden.
- 21 • Triesdorf als Ort für zukunftsgerichtete Landwirtschaft zu etablieren

A10NEU Kultur

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Wir stehen für Kultur von allen für alle. Neben der etablierten Hochkultur in
2 den Städten wollen wir die Förderung der Soziokultur, des kulturellen Angebots
3 auf dem Land und den Abbau von Kulturbarrieren, seien es physische Barrieren für
4 Menschen mit Beeinträchtigungen, finanzielle Barrieren oder interkulturelle
5 Barrieren.

6 Dazu fordern wir:

- 7 • Barrierefreien Zugang zu allen Kulturangeboten
- 8 • Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen öffnen, unabhängig von
9 Einkommen und Wohnort
- 10 • Veranstaltungen interkulturell und integrativ gestalten
- 11 • Vernetzung und Weiterbildung von Kulturschaffenden in Mittelfranken vor
12 allem zu Inklusion auch gemeinsam mit Menschen mit Handicaps und
13 generationenverbindenden Kulturangebote
- 14 • Gezielt primär die vorhandene Kulturinfrastruktur zu fördern und
15 nachrangig gezielt Lücken im Angebot zu schließen, um Parallelstrukturen
16 vor Ort zu vermeiden
- 17 • die finanziellen Mittel effizient einzusetzen. Dazu muss evaluiert werden,
18 ob Zielgruppen und gesteckte Ziele mit den Kulturangeboten erreicht
19 wurden.

A11NEU Denkmalschutz

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

1 Denkmalpflege wird vom Bezirk bezuschusst, es gibt eine jährliche Präsentation
2 und Prämierung von herausragenden Projekten.

3 Wir fordern:

- 4 • Denkmalpflege auf Augenhöhe, z.B. durch offene Kommunikation zwischen
5 Bauherr*innen und Denkmalbehörden.
- 6 • Denkmäler kreativ umzunutzen statt sie abzureißen oder verkommen zu
7 lassen.

A12NEU Europäische Regionalpartnerschaften

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

- 1 Der Bezirk pflegt Partnerschaften mit den Regionen Nouvelle Aquitaine in
- 2 Frankreich und Pommern in Polen. Er unterstützt und fördert
- 3 Kommunalpartnerschaften sowie Bürger*innen- und Jugendreisen in die
- 4 Partnerregionen
- 5 Wir möchten
- 6
 - internationale Partnerschaften fördern und Freundschaften stärken.
- 7
 - im Austausch von den Erfahrungen anderer Länder lernen und Erfolgsmodelle
- 8 übernehmen.